Stellungnahme des AOK-Bundesverbandes
zur Anhörung des Finanzausschusses am 05.10.2026

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Tabaksteuergesetzes
auf Drucksachen-Nr. 21/7859

AOK-Bundesverband
Rosenthaler Str. 31
10178 Berlin
Tel: 030 34646-2299
info@bv.aok.de

AOK-Bundesverband
Die Gesundheitskasse.

Der AOK-Bundesverband ist registrierter Interessenvertreter i.S. d. Lobbyregistergesetzes

Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko

Rauchen ist weiterhin das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Jährlich sterben rund 131.000 Personen an den Folgen des aktiven und passiven Tabakkonsums. Die volkswirtschaftlichen Kosten tabakbedingter Erkrankungen werden auf rund 97 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt[1].

Deutschland nutzt die Potenziale evidenzbasierter Tabakprävention bislang unzureichend und bleibt im internationalen Vergleich bei der Umsetzung wirksamer Maßnahmen zurückhaltend.[2]

Als AOK-Bundesverband begrüßen wir daher ausdrücklich, dass die Bundesregierung mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Tabaksteuergesetzes einen Ansatz aufgreift, dessen Wirksamkeit wissenschaftlich besonders gut belegt ist. Deutliche Tabaksteuererhöhungen gelten internationalen Erfahrungen zufolge als die wirksamste Einzelmaßnahme, um den Tabakkonsum zu reduzieren und insbesondere junge Menschen vom Einstieg abzuhalten.

Besonderer Handlungsbedarf bei Jugendlichen: Rauchen nimmt wieder zu

Nachdem die Raucherprävalenz bei Jugendlichen über viele Jahre rückläufig war, ist nun eine Trendwende zu beobachten. Jugendliche rauchen und vapen zunehmend mehr, wie die im Mai 2026 vorgestellte Drogenaffinitätsstudie 2025 des Bundesinstituts für Öffentliche Gesundheit zeigt.

Laut der Studie rauchte 2025 fast jeder Zehnte der 12- bis 17-Jährigen Jugendlichen (9,6 Prozent). 2021 waren es noch 6,1 Prozent. Besonders auffällig: Vor allem Mädchen rauchen deutlich mehr als noch vor fünf Jahren. Der Anteil stieg von 6,4 Prozent in 2023 auf 9,3 Prozent in 2025. Weiter auf dem Vormarsch ist das Vapen, der Konsum von Mehrweg-E-Zigaretten nimmt dabei deutlich zu. Bei männlichen Jugendlichen ist der Anteil seit 2021 von 2,9 auf 6,7 Prozent gestiegen und bei weiblichen Jugendlichen von 1,8 auf 7,8 Prozent. Auch bei jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren hat sich der Konsum erhöht[3].

Mehr und mehr Daten stützen die „Einstiegshypothese“, wonach E-Zigaretten als Einstieg ins spätere Tabakrauchen fungieren.[4]

---

[1] Effertz T.: Die volkswirtschaftlichen Kosten von Alkohol- und Tabakkonsum in Deutschland. In: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen. DHS Jahrbuch Sucht 2020. Pabst Science Publishers; 2020; 225–234.
[2] AOK-Bundesverband & DKFZ (2025). Public Health Index 2025: https://www.aok.de/pp/public-health/index
[3] https://www.bioeg.de/fileadmin/user_upload/Studien/PDF/Infoblatt_DAS_2025_Rauchen_20260521.pdf.
[4] initiation: an umbrella review with Bayesian model meta-analysis. Tobacco Control. Published Online First: 26 February 2026. doi: 10.1136/tc-2025-059783: Kaur J, Goel S, Shabil M, et al. E-cigarette use and subsequent tobacco smoking acco smoking.

Deutliche Preissteigerungen sind besonders wirksam

Der WHO zufolge sind deutliche Preissteigerungen die wirksamste Einzelmaßnahme, um den Tabakkonsum einzudämmen.[5]

Internationale Studien zeigen, dass eine Preissteigerung von zehn Prozent in Ländern mit hohem Einkommen zu einem Rückgang des Tabakkonsums um etwa fünf Prozent führt.[6] Jugendliche reagieren besonders sensibel auf Preisänderungen. In dieser Gruppe werden bei einem Preisanstieg von 10 Prozent Konsumrückgänge von etwa 15 Prozent beobachtet.[7]

Die Wirksamkeit wird durch Erfahrungen aus Deutschland untermauert: Die deutlichen Tabaksteuererhöhungen zwischen 2002 und 2005 gingen mit einem erheblichen Rückgang des Zigarettenkonsums sowie einer deutlichen Abnahme des Rauchens unter Jugendlichen einher. Nachfolgende, moderatere Anpassungen entfalteten dagegen keine vergleichbare präventive Wirkung[8].

Für eine wirksame Ausgestaltung ist von besonderer Bedeutung, Ausweichreaktionen auf günstigere Alternativen zu verhindern. Die präventive Wirkung von Steuermaßnahmen wird geschwächt, wenn erhebliche Preisunterschiede zwischen einzelnen Produktgruppen bestehen bleiben. Dies betrifft aktuell insbesondere den Preisabstand zwischen Fabrikzigaretten auf der einen und Feinschnitt sowie E-Zigaretten auf der anderen Seite.

Gesetzentwurf der Bundesregierung geht in die richtige Richtung

Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehenen Steuererhöhungen greifen die wissenschaftlichen Erkenntnisse auf. Anders als in den vergangenen Jahren, wäre ein deutlicher Preisanstieg bei Tabakprodukten zu erwarten: Bei Fabrikzigaretten ca. 12 Prozent in 2027 und 9 Prozent in den Folgejahren. Bei Drehtabak ca. 18 Prozent in 2027 und 13 Prozent in den Folgejahren. Damit bewegen sich die Erhöhungen in einer Größenordnung, die geeignet ist, eine relevante Steuerungswirkung auf das Konsumverhalten zu entfalten. Die vorgesehenen Erhöhungen von E-Zigaretten hingegen fallen kaum ins Gewicht.

Gesetzentwurf im Abgleich mit den FKG-Empfehlungen

Der Gesetzentwurf bleibt bei drei Aspekten hinter den Vorschlägen der FinanzKommission Gesundheit (FKG) zurück.

---

[5] WHO technical manual on tobacco tax policy and administration. Geneva: World Health Organization; 2021. Licence: CC BY-NC-SA 3.0 IGO.

[6] Yeh, CY., Schafferer, C., Lee, JM.: *et al.* The effects of a rise in cigarette price on cigarette consumption, tobacco taxation revenues, and of smoking-related deaths in 28 EU countries - applying threshold regression modelling. *BMC Public Health* 17, 676 (2017). https://doi.org/10.1186/s12889-017-4685-x.

[7] Nikaj S, Chaloupka FJ. The effect of prices on cigarette use among youths in the global youth tobacco survey. Nicotine Tob Res. 2014 Jan; 16 Suppl 1: S16-23. doi: 10.1093/ntr/ntt019. Epub 2013 May 24. PMID: 23709614.

[8] Deutsches Krebsforschungszentrum (DKFZ) (2014): Tabaksteuererhöhungen und Rauchverhalten in Deutschland. Aus der Wissenschaft – für die Politik, Heidelberg. https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Krebspraevention/Download/pdf/AdWfdP/AdWfdP_2014_Tabaksteuererhoehungen-und-Rauchverhalten-in-Deutschland.pdf.

1. Sprunghafter Anstieg im ersten Jahr fehlt

Die FKG hatte zum Einstieg ein sogenanntes „salientes Zeichen“ empfohlen. Durch einen sprunghaften Anstieg im ersten Jahr sollte ein großflächiger Anreiz zum Rauchstopp veranlasst werden. Diesen sprunghaften Anstieg sucht man im Gesetzentwurf der Bundesregierung vergeblich, zumindest bei den Fabrikzigaretten.

2. E-Zigaretten bleiben günstige Alternative

Die FKG hatte empfohlen, auch E-Zigaretten und Liquids deutlich höher zu besteuern, um den Einstieg ins Rauchen weniger attraktiv zu machen. Mehr und mehr Daten zeigen, dass Jugendliche vermehrt mit Vapes anfangen und dann später auf Tabak umsteigen. Die im Entwurf der Bundesregierung vorgesehenen Erhöhungen bei E-Zigaretten belaufen sich jedoch nur auf wenige Cent.

3. Die Einnahmen fließen in den allgemeinen Haushalt

Die FKG hatte empfohlen, die Einnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitswesens zu verwenden. Das sucht man im aktuellen Entwurf der Bundesregierung vergeblich.

Formulierungshilfe würde den Entwurf teilweise verbessern

Die Formulierungshilfe mit dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD würde teilweise Verbesserungen bringen:

- Der Preissprung im ersten Jahr würde demnach insgesamt deutlich stärker ausfallen – ganz im Sinne der Empfehlungen der FKG.
- Zudem würde der Preisanstieg bei „Feinschnitt“ im ersten Jahr stärker ausfallen. Ab 2028 allerdings würden die Steigerungen im Vergleich zum Regierungsentwurf abflachen. Dies sollte korrigiert werden, um ein Ausweichverhalten auf die günstige Alternative Drehtabak zu verringern.
- Zu guter Letzt würde der Preisanstieg bei E-Zigaretten etwas stärker ausfallen, fiele aber immer noch kaum ins Gewicht.

Die von der FKG empfohlene Verwendung der Einnahmen zur Stabilisierung des Gesundheitswesens ist allerdings nicht Gegenstand der Formulierungshilfe.

Vor dem Hintergrund der erheblichen Belastungen des Gesundheitswesens durch die Folgen des Tabakkonsums sollten zusätzliche Einnahmen aus der Tabaksteuer für die Stabilisierung des Gesundheitssystems genutzt werden.

Studien zeigen, dass gesundheitsbezogene Verbrauchsteuern und Abgaben in der Bevölkerung dann auf eine besonders hohe Akzeptanz stoßen, wenn die hieraus erzielten Einnahmen für Gesundheit und Prävention eingesetzt werden[9],[10].

FAZIT

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung wäre schon ein großer Schritt mit einem relevanten präventiven Effekt. Es wäre die erste substanzielle Tabaksteuererhöhung seit zwei Jahrzehnten. Die in der Formulierungshilfe vorgesehenen Anpassungen würden den Entwurf teilweise verbessern. Mit Anpassungen könnte das Gesetz die wirksamste Maßnahme der Tabakprävention seit Jahrzehnten werden. Es ist realistisch anzunehmen, dass mit einer ambitionierten Ausgestaltung langfristig tausende Krebsneuerkrankungen verhindert werden können.

[9] Deutsches Krebsforschungszentrum (2026) Preiserhöhungen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten: Wirksame Maßnahme mit hoher Zustimmung der Bevölkerung. Policy Brief, Heidelberg: https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Krebspraevention/Download/pdf/PB/PB_2026_Preiserh%C3%B6hungen-f%C3%BCr-Tabakerzeugnisse-und-E-Zigaretten.pdf.

[10] https://www.ikk-classic.de/presse/pressemitteilungen/forsa-umfrage.